

4.1.17

Gelnhäuser Tageblatt

WKA - J. Staab

Eher „handfeste Interessen“ als Gemeinwohl?

MAIN-KINZIG (red). Die CDU-Landratskandidatin Srita Heide nimmt Stellung zu einem Leserbrief, der am 14. Dezember mit Bezug zu einer Debatte im Kreistag erschien. Das *GT* gibt den Beitrag leicht gekürzt wieder: „97 Prozent aller Bürger dieses Landes sind für die erneuerbaren Energien“, schreibt Jürgen Staab in seinem Leserbrief und bezieht sich dabei auf nicht näher genannte 'Umfragen'. Wenn er den Satz korrekt zu Ende führen würde - '... solange Windenergie-, Wasserkraft- und Solaranlagen nicht zu einer konkreten Belastung vor Ort werden' - sähe die Sache schon ganz anders aus. An diesem Thema scheiden sich die Geister, keine Frage. Deshalb sind Politiker gut beraten, sich die Argumente der Bürgerinnen und Bürger anzuhören und schließlich so zu entscheiden, wie es im Sinne der Mehrheit ist. Windräder sind weder grundsätzlich zu fördern noch grundsätzlich abzulehnen. Es kommt auf die jeweilige Situation vor Ort an.

Als Vorstand der Energie-Genossenschaft Main-Kinzigtal eG vertritt Herr Staab handfeste wirtschaftliche Interessen: Mit Windrädern verdient die Genossenschaft Geld. Da ist es verständlich, dass ihre Mitglieder enttäuscht sind über die Mehrheitsentscheidung im Kreistag - nämlich gegen weitere Windkraftanlagen im Naturpark Spessart. Weniger Anlagen, weniger potenzieller Umsatz.

Es liegt in der Natur der Sache und ist völlig legitim, dass Unternehmer ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Doch dafür die Sorge um 'unser demokratisches Miteinander' und die 'politische Moral' vorzuschieben, konterkariert geradezu diesen moralischen Anspruch, noch dazu wenn Herr Staab dafür meine indischen Wurzeln instrumentalisiert. Mit seiner Fürsorge überschätzt er sich wohl ein bisschen als selbst ernannter Schutzherr von aus seiner Sicht armer Hascherl, die sich mit Republikanern und AfD arrangieren 'müssen'.

Und was die 'unheilige Allianz' angeht: Wenn Herr A. aus Rosenheim und Herr B. aus Flensburg im gleichen Hotel ihren Weihnachtsurlaub verbringen, bilden sie nicht gleich eine Reisegruppe. Ähnlich verhält es sich beim Abstimmungsverhalten politischer Parteien. Nur weil zwei oder mehrere Parteien einen Antrag ablehnen oder ihm zustimmen, tun sie das nicht zwangsläufig als 'Allianz', die eine bewusste Vereinbarung voraussetzt. Meine Zustimmung zu einem sinnvollen Antrag werde ich nicht verweigern, nur weil sich politisch nicht opportune Parteien dem Antrag anschließen. Auch SPD und Grüne im Kreistag haben sich durch solche Konstellationen nicht beirren lassen - aus guten Gründen: Die politische Arbeit wäre sonst praktisch gar nicht mehr möglich. Wer das kritisiert, hat offensichtlich keine sachlichen Argumente - und schon gar nicht das Gemeinwohl und die 'Moral' im Sinn, sondern verfolgt eben, nun ja, handfeste Interessen.“